

"EWG-Agrarfinanzierung in der letzten Runde" in Süddeutsche Zeitung (10. Mai 1966)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; Herausgeber Proebst, Hans. 10.05.1966, Nr. 111; 22. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"ewg_agrarfinanzierung_in_der_letzten_runde"_in_suddeutsche_zeitung_10_mai_1966-de-7798683d-c86a-4bad-9bbf-badb13a57485.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

EWG-Agrarfinanzierung in der letzten Runde

Zugeständnisse von allen Seiten sind nötig, um in Brüssel zu einer Entscheidung zu kommen

str. Brüssel (Eigener Bericht) – *Die Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nähern sich der Einigung über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik. Allerdings sind von einigen Beteiligten noch beträchtliche Zugeständnisse erforderlich, wenn die am Montagnachmittag begonnene EWG-Ministerratskonferenz wie beabsichtigt bis Dienstagabend oder Mittwoch früh zur Fertigstellung der neuen Finanzverordnung führen soll. Mit Ausnahme von Bundesaußenminister Schröder haben wieder alle übrigen Außenminister die Teilnahme an den entscheidenden Finanzverhandlungen angekündigt.*

Die Ratskonferenz ist die Fortsetzung der Ministerzusammenkunft vom Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche. Das Wochenende ist von den Regierungen benutzt worden, um in den Hauptstädten die letzten Verhandlungspositionen zu klären. Die EWG-Kommission hat, wie Vize-präsident Marjolin dem Ministerrat zugesichert hat, den Entwurf für einen Gesamtkompromiß ausgearbeitet, der dem Rat unmittelbar vor Beginn am Montagmittag zugeleitet wurde. Es geht darum, die Opfer gegeneinander abzuwägen und gerecht zu verteilen, die in dieser und jener Form alle Mitgliedstaaten bringen müssen, um einen weiteren wesentlichen Fortschritt im Aufbau der wirtschaftlichen Gemeinschaft machen zu können.

Zankapfel: 1 Prozent

Von der wirtschaftlich starken Bundesrepublik, deren hohe landwirtschaftliche Einfuhren noch zu großen Teilen aus Ländern außerhalb der EWG kommen, erwarten die Partner vor allem eine starke finanzielle Beteiligung an der Preisstützung und der strukturellen Förderung der europäischen Landwirtschaft. Außenminister Schröder hat in Brüssel zwar eindringlich vor „ungebührlichen Forderungen“ an die deutsche Kasse gewarnt. Die Partner sind bisher jedoch dabei geblieben, daß die Bundesrepublik etwa 32% der Mittel für den EWG-Agrarfonds aufbringen soll. Die Bundesregierung hat eine Höchstbeteiligung von 31% angeboten.

Frankreich, das als größter Agrarproduzent in der EWG auch den größten finanziellen Nutzen aus dem Agrarfonds hat, soll einem beschleunigten Zollabbau auf industriellem Gebiet zustimmen. Die Bundesregierung steht auf dem Standpunkt, daß sie mit rd. 2 Mrd. DM im Jahr außerordentlich hohen finanziellen Leistungen für den Agrarmarkt nur aufbringen kann, wenn sie die Möglichkeit erhält, durch eine Steigerung der deutschen Industrieausfuhren das nötige Geld auch zu verdienen. Sie verlangt daher die gleichzeitige Vollendung des freien Warenverkehrs im landwirtschaftlichen wie im industriellen Bereich. Frankreich hat den vollständigen Zollabbau bisher erst für den 1. Januar 1969 angeboten, während der französische Industrieverband sich sogar erst 1970 hierzu konkurrenzmäßig in der Lage sieht. Die Präsidentschaft im Rat, die zur Zeit bei Luxemburg liegt, schlägt als Kompromiß den 1. Juli 1968 vor. Da sich die Konkurrenzfähigkeit einer nationalen Industrie innerhalb eines halben Jahres kaum wesentlich ändern kann, dürften die Partner von Frankreich in diesem Punkt ein Nachgeben verlangen.

Zugeständnisse werden schließlich auch von Italien und Belgien gefordert. Belgien soll eine von der bisherigen agrarpolitischen Philosophie der EWG wesentlich abweichende Regelung des Zuckermarktes zugestehen, weil der Zuckerrübenanbau sonst in Deutschland und Italien kurzfristig zum Absterben verurteilt wäre. Italien soll einer Begrenzung der Strukturausgaben des Agrarfonds zugestehen, um ein Anschwellen des Fonds ins Unermeßliche zu verhindern. Es soll ferner zunächst noch auf eine Finanzierung des Wein- und Rohtabakmarktes durch den EWG-Agrarfonds verzichten.

Vorbehalte bis zum Schluß?

Auf Grund der bisherigen Brüsseler Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Partner ihre letzten Vorbehalte erst in der Endphase der Konferenz aufgeben, wenn die tatsächliche Einigung auch sicher erscheint. Dies dürfte frühestens in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch der Fall sein. Allerdings hat sich der Ministerrat die Möglichkeit einer nochmaligen Beratung über die Agrarfinanzierung gegen Ende dieses Monats vorbehalten. In Kreisen des Ministerrats wird vermutet, daß die Agrarfinanzverordnung nach ihrer

Fertigstellung zunächst „in die Schublade“ gelegt wird, um endgültig erst zusammen mit den noch ausstehenden Regelungen über die gemeinsamen Preise bei Milch, Rindfleisch, Zucker, Reis und Fettstoffen verabschiedet zu werden, die in kommenden Wochen bis zur Sommerpause ausgehandelt werden sollen.